

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 172, Ausgabe I / 2011

Kürzungen im sozialen Bereich

Mittelstreichung gefährden soziale Projekte im Bezirk Neukölln. Die Bundestagsabgeordnete Daniela Wagner erklärt die Auswirkungen.

Seite 2

Berlin Mobil

Der Europaabgeordnete Michael Cramer zeigt uns seine Zukunftsvision von einer ökologischen und mobilen Stadt Berlin.

Seite 5

Interview mit Renate Künast

Die Spitzenkandidatin der Grünen für die Abgeordnetenhauswahl im September erläutert im Stachel-Interview ihre Sicht auf Neukölln.

Seite 8

DIE JUGENDSTADTRÄTIN HAT DAS WORT:

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung

Artikel 28 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an.“



In letzter Zeit sind viele Familien aus südosteuropäischen EU-Staaten nach Neukölln zugezogen. Die Kinder kommen nun ohne Sprachkenntnisse und häufig auch ohne ausreichende schulische Vorbildung aus dem Herkunftsland in den Grundschulen an und können dort nicht angemessen unterrichtet werden. Dringend notwendig wären Vorbereitungsklassen, in denen die deutsche Sprache und elementare Kenntnisse vermittelt werden können, um die Kinder auf eine Eingliederung in eine ihrem Alter entsprechende Klasse vorzubereiten. Diese Vorbereitungsklassen gibt es aber leider nicht, und so werden die Schulen gezwungen, diese Kinder in Klassen mitlaufen zu lassen, deren Unterricht sie nicht folgen können. Mit ein paar Förderstunden kann das Problem natürlich, auch bei bestem Willen, nicht beseitigt werden.

Grundschulen mit Problemen alleine gelassen

Die Senatsverwaltung und die Außenstelle der Schulaufsicht in Neukölln sehen sich nicht in der Lage, die Situation kurzfristig zu verbessern und lassen die Grundschulen mit dem Problem allein. Anstatt die Vorausset-

zungen für Vorbereitungsklassen zu schaffen und damit die Probleme zu lösen, werden Arbeitskreise mit der Problemerkennung beauftragt. Derweil sitzen die Kinder in den Klassen, verstehen nicht, was um sie herum vorgeht, und so ist es absehbar, dass nach einiger Zeit auch das netteste und willigste Kind irgendwann entweder anfängt zu stören oder gleich wegbleibt. Dann werden wir versuchen müssen, diese Situation wieder einzufangen. Dann sind Sozialarbeit und Projekte für auffällige Kinder und Jugendliche gefragt, die mühsam versuchen müssen, die Probleme zu lösen, die wir nicht hätten, wenn wir die Kinder gleich nach ihrer Einreise vernünftig gefördert hätten.

Der gleiche Fehler wurde schon vor Jahren mit Flüchtlingskindern gemacht und wir haben heute heftige Probleme, die inzwischen jungen Erwachsenen zu motivieren und zu fördern, um ihnen doch noch den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Anscheinend ist der Lerneffekt bei der Senatsverwaltung, dass das kurzfristige Einsparen von Kosten für Fördermaßnahmen, wie für Vorbereitungsklassen, sich später bitter und auch teuer rächt, bisher nicht eingetreten.

Bezirk trägt zur Misere bei

Auch der Bezirk Neukölln trägt allerdings ein gerütteltes Maß zu der Misere bei, indem er Kindern, deren Eltern keine ordentliche Meldebescheinigung beibringen, den Schulbesuch gleich ganz verweigert. Was bitte können Kinder dafür, wenn ihre Eltern den bürokratischen Anforderungen nicht genügen? Und welchen Sinn hat es, Kindern den Schulbesuch zu verweigern? Nützt es Neukölln, wenn Kinder nichts lernen, sondern ihre Tage auf den Straßen verbringen müssen?

Keine Steine in den Weg legen!

Der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky erklärt gern und oft, dass der Schulbesuch eine ganz entscheidende Voraussetzung für ein gelungenes Leben in einem demokratischen Gemeinwesen ist. Recht hat er damit! Er philosophiert auch gern und oft über Strafmaßnahmen für Eltern, die sich nicht ausreichend darum kümmern, dass ihre Kinder in die Schule gehen. Da wäre es doch wohl zu erwarten, dass im Gegenzug Eltern, die ihre Kinder in die Schule schicken wollen, keine Steine in den Weg gelegt werden, sondern dass sie Unterstützung finden. Aber nichts da, ohne Papiere keine Rechte, was kümmert schon eine UN-Konvention. Und wenn die Kinder und Jugendlichen, denen man Bildung verweigert, in ihrer aufgezwungenen Freizeit Blödsinn anstellen, kann der Bürgermeister wieder in allen Sendern und Zeitungen kräftig auf kriminelle Kinder, Jugendliche und Familien schimpfen.

Kinderrechte umsetzen!

Dieser unhaltbare Zustand muss schnellstens aufhören. Das Recht aller Kinder auf Bildung muss auch in Neukölln endlich respektiert werden. Schulen müssen die notwendige Unterstützung erhalten, damit sie dieses Kinderrecht auch sinnvoll umsetzen können. Denn alle Kinder, die in Neukölln leben, werden die Zukunft dieses Bezirks bestimmen. Bereiten wir sie also gut darauf vor, es auf eine positive und förderliche Weise zu tun.

Gabriele Vonnekold
Jugendstadträtin
Neukölln

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Wein aus Neukölln



Bild: Britzer Weingut, www.britzer-weingut.de

Da das Wetter im Augenblick noch nicht zum längeren Verweilen im Freien einlädt, wollen wir hier einen Ausblick auf die Fortsetzung unserer Veranstaltungsreihe „Neuköllns schöne Seiten“ geben. Wer im Sommer bei einem Ausflug zu Neuköllner Winzern dabei sein will, melde sich bei der Redaktion.

Obstwein aus Werder kennen wir noch gut von dem dicken Schädel nach einem Ausflug zu unseren Brandenburger Nachbarn. Von Wein aus Kreuzberg haben Kenner_innen immerhin schon einmal gehört. Aber Wein aus Neukölln – geht das? Da bekanntlich in Neukölln nichts unmöglich ist, werden in unserem Bezirk selbstverständlich Reben angebaut und Wein gekeltert. Lassen Sie sich mitnehmen auf eine kleine Reise in die Neuköllner Welt des Weins.

Märkischer Wein seit 1175

Wein ist eine uralte Pflanze. Versteinerte Traubenkerne zeugen davon, dass es schon vor 60 Millionen Jahren Waldreben gab. Im heutigen Irak, in Ägypten und in Georgien wurde vor 8.000 Jahren Wein kultiviert. Die Entdeckung des Weins könnte ein Zufall gewesen sein: In Tonkrügen aufbewahrte Trauben begannen zu gären und der entstandene Most hatte eine berauschende Wirkung. Heute bezeichnen wir das als Prozess der alkoholischen Gärung. Etwa 2.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung verehrten die Griechen Dionysos als Gott des Weines. Mit den römischen Legionen kam der Wein über Spanien und Frankreich auch nach Deutschland bis an die Mosel. In die Mark Brandenburg wurde der Wein durch Einwander_innen aus Franken und dem Rheinland gebracht. Die Mönche in den Klöstern besaßen wohl gepflegte Weinkeller. 1175 wurde märkischer Wein erstmals urkundlich erwähnt. Später breitete sich der Weinbau um die Stadt Brandenburg an der Havel aus. Im 14. Jahrhundert wurde

Wein nach Schweden, Polen und Russland exportiert. Im Mittelalter wurde der Wein gerne mit Honig als Mischgetränk mit Obst oder Gewürzen getrunken. Der Niedergang des märkischen Weinbaus kam mit dem Dreißigjährigen Krieg.

Heute listet eine kürzlich erschienene Weinkarte über den Weinanbau wieder zehn Weingärten in Berlin auf. Zwei davon befinden sich in Neukölln.

Britzer Wein in 6 Sorten

Die Carl-Legien-Oberschule am Dammweg produziert seit 1973 mit 400 Rebstöcken Wein. 20 Schüler_innen des Fachbereichs Agrartechnik sind für die Trauben zuständig. Von den etwa 100 Flaschen werden 15 – 20 jedes Jahr auf dem Rixdorfer Weihnachtsmarkt versteigert. Die Schule ist besonders auf die Wiederherstellung der alten Weingartenanlage am Klausberg in Sanssouci (Potsdam) und die Pflege des Weingartens in der hessischen Landesvertretung stolz, denn sie sind sichtbare Zeugnisse für die Leistungen der Schüler_innen.

Das Britzer Weingut am Koppelweg geht auf die Initiative des aus einer moldawischen Winzerfamilie stammenden Viktor Sucksdorf zurück. Er rodete in Abstimmung mit dem Bezirk eine 4.700 m² große Fläche. Seit 2008 unterstützt ihn ein Verein. Heute gedeihen hier ein paar hundert Rebstöcke, darunter mehr als 28 verschiedene Sorten aus ganz Europa. Der Wein wird vor Ort in einem kleinen Keller gekeltert und sechs Sorten können nach Absprache verkostet werden.

Übrigens gibt es seit ein paar Jahren auch wieder eine Neuköllner Weinkönigin. Die amtierende Viktoria I wurde im Oktober 2010 durch die Bildungsstadträtin gekrönt.

Bertil Wewer
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

KÜRZUNGEN IM SOZIALEN BEREICH

Soziale Stadt aufgekündigt – was nun?

Stark sein - davon träumen die Kinder im Projekt „Odysseus in der Selkestraße“ nicht nur, sondern sie sind es auch. Tapfer stellen sie sich vor das Publikum aus Eltern, Kiezbewohner_innen und -besucher_innen im gut besuchten Saal des Nachbarschaftsheim Neukölln und kündigen ihr Stück an. In Hörspielen haben sie umgesetzt, welche Abenteuer sie als Held_innen im Kiez erleben, sich verwandelnde Monster besiegen oder im Körnerpark auf einem imaginären See Geisterschiffen die Stirn bieten. In der Vorweihnachtszeit besuchte ich das „Soziale Stadt“-Projekt im Neuköllner Körnerpark. Angeleitet von der Texterin Sina Ness haben die acht Kinder über Monate die Hörstücke selbst entwickelt, gesprochen und vertont. Eine ganz andere Art der Arbeit mit Ton und Sprache, die genaues Zuhören erfordert. Frau Ness, Absolventin des Studiengangs Kreatives Schreiben, spendete den acht Kindern und dem Kiez in den vergangenen Monaten ehrenamtlich einen großen Teil ihrer Freizeit. Das Quartiersmanagement Körnerpark förderte das Projekt im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“, indem es die Anschaffung kleinerer Bestandteile der Technik ermöglichte. Auch die Konrad-Aghad-Grundschule arbeitete auf Vermittlung des Quartiersmanagements eng mit Frau Ness zusammen.

Die Förderung im Programm „Soziale Stadt“ soll ab 2011 auf bauliche Maßnahmen konzentriert werden. Zudem werden die Bundesmittel für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ um fast 70 Prozent gekürzt. Mit diesen Kürzungen durch die schwarz-gelbe Regierungskoalition sind viele Projekte wie „Odysseus in der Selkestraße“ massiv gefährdet. Erschreckend gedankenlos wird hier mit der Zukunft unserer Kinder umgegangen. Gerade in solchen Aktivitäten, die Kindern neue Perspektiven eröffnen, gelingt Integration durch die Verzahnung von Akteur_innen und engagierten Bürger_innen. Die Grundschulen selbst werden nunmehr mit den vielen Aufgaben, die der hohe Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf in sozialen Brennpunkten mit sich bringt, kaum fertig.

Kürzungen an der falschen Stelle

Dabei ist doch unverkennbar, dass es heute mehr denn je darauf ankommt, Menschen mitzunehmen, also nicht nur das Quartiersmanagement „an sich“ zu erhalten, sondern auch die Maßnahmen, die das Quartiersmanagement initiiert. Schwarz-Gelb prangert immer an, dass es Integrationsverweigerer gibt, beklagt den mangelnden Integrationswillen der Migrant_innen, und streicht nun selber die Mittel für ein Programm, das die Menschen abholt und ihnen eine Brücke zur Integration baut.

Das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem Quartiersmanagement ist eines der Programmlinien der Städtebauförderung, die Bund, Länder und Kommunen seit 1971 gemeinsam finanzieren. Laut führenden Wirtschaftsinstituten ist die Städtebauförderung das effektivste Förderinstrument des Bundes. Ein Euro eingesetzter Förderung regt 8,50 weitere Euro öffentlicher und privater Investitionen für die gleichen Zielsetzung an. Eine derart große Investitionswirkung ist in der Förderlandschaft des

Bundes unübertroffen. Obwohl der Investitionsbedarf in deutschen Städten und Gemeinden laut zuständigem Ministerium deutlich höher ist, kürzt der Bund die gesamte Städtebauförderung um ein Viertel von rund 600 Millionen Euro auf nur noch 455 Millionen Euro. Zu Lasten des Baubereichs des Ministeriums für Ver-

Die Bauminister aller Bundesländer, auch CDU-regierter Länder, haben sich gegen die Kürzung ausgesprochen. Anlässlich der Verleihung des Preises „Soziale Stadt“ in Berlin Anfang Januar hat sich jetzt ein breites Bündnis für den Erhalt der „Sozialen Stadt“ gegründet.

Was heißt das für die Quartiere in Berlin? Die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ kommen aus verschiedenen Quellen. In Berlin wird der Förderbetrag - so die Antwort zur Großen Anfrage der Grünen BVV Neukölln vom 31. August 2010 - „zu 50% aus EU-Mitteln“ zusammengestellt. „Die andere Hälfte wird zu 2/3

Kinder, Familien und ältere Menschen ihre Anlaufstellen verlieren. Anstelle der Projektvielfalt, mit deren Hilfe eine Debatte mit den Bewohnern über die Veränderungen und Möglichkeiten stattfand, wird die Pinselstrichsanierung kommen. Plätze und Gebäude werden verschönert, ohne dass die Bewohner sich darin wieder finden. Vielen Kindern und Familien wird damit die Tür der gesellschaftlichen Teilhabe vor der Nase zugeschlagen.

Das wollen wir nicht hinnehmen! Die Auslober des Preises „Soziale Stadt“ haben im Januar gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund das „Bündnis für eine Soziale Stadt“ gegründet. Mit Blick auf den Bundeshaushalt 2012 fordert das Bündnis wie zuvor schon die Grüne Bundestagsfraktion die Bundesregierung dazu auf, das Programm „Soziale Stadt“ anzuerkennen, in bisheriger Form wie in 2010 weiter zu führen und weiter zu entwickeln. Ich unterstütze das und setze mich parlamentarisch für die „Soziale Stadt“ ein, denn mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen.

Daniela Wagner MdB



Daniela Wagner ist Sprecherin für Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Geboren wurde sie 1957 in Darmstadt und ist seit 2009 Mitglied des Bundestages

kehr, Bauen und Stadtentwicklung, das über Gebühren bluten musste, bleiben die Verkehrsinvestitionen vom Sparpaket weitgehend verschont.

Das von Rot-Grün auf Bundesebene eingeführte Programm „Soziale Stadt“ wird durch die Kürzung vom größten zum kleinsten Programm der Städtebauförderung entwertet. Zusätzlich wird es entkernt. Bundesförderung erhalten nur noch Bauprojekte mit einem Kernangebot an Bürger_innenbeteiligung und Quartiersmanagement. Die Förderung erfolgreicher und innovativer „nicht-investiver“ Maßnahmen hingegen wird gestrichen. Hierunter fallen seit 2006 zu rund einem Viertel Modellprojekte mit den Schwerpunkten Erwerb der deutschen Sprache, Verbesserung von Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen sowie im Bereich der lokalen Ökonomie. Die demokratische und identitätsstiftende Partizipation der Bürger_innen an der Gestaltung ihres Quartiers verschwindet.

Das Handeln von Minister Ramsauer und der schwarz-gelben Koalition widerspricht allem Sachverstand. Anders als von Koalitionsabgeordneten erwünscht, können viele Kommunen die Kürzungen nicht gänzlich auffangen, selbst wenn sie wollten; ihre prekäre Lage ist ja bekannt. Es hat dem Minister und der Koalition hunderte wütende Briefe von Bürgermeister_innen auch aus dem eigenen politischen Lager eingebracht. Die Städtebauförderung wird von allen relevanten Verbänden der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung als unabdingbar und als große Erfolgsgeschichte angesehen. Geschlossen protestierten die eingeladenen Verbände bei der grün initiierten öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Bundestages gegen die Kürzung. In Berlin gab es eine Demonstration. Eine Bundestagspetition und eine Bundesratsinitiative wurden auf den Weg gebracht.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist eines der wenigen Projekte, die in der Lage sind, gezielt Brücken zu bauen und Verhältnisse wie in französischen Vorstädten zu verhindern, indem sie Familien, die zuvor aus anerkannten gesellschaftlichen Teilhabeprozessen ausgeschlossen waren, die Teilhabe ermöglicht.

Ansatz der Sozialen Stadt vorbildlich für andere Ressorts - Europaweit

Soeben wurde in Berlin zum sechsten Mal der Preis „Soziale Stadt“ verliehen. Neben dem Deutschen Städtetag sind verschiedene Wohnungs- und Immobilienverbände, der AWO Bundesverband und die Schader-Stiftung an der Auszeichnung beteiligt. Die preisgekrönten Projekte stellen unter Beweis, was Bürgerbeteiligung, vernetztes Denken und ressortübergreifende Kooperation für und aus benachteiligten Quartieren heraus bewegen können. Im Kreuzberger Gräfekiez haben Migrantinnen sich selbständig gemacht; mit Nähwerkstatt, Cateringservice und Kiezcafé helfen sie sich selbst und beleben die Nachbarschaft. In Neukölln wurde die Wohnungsbau-gesellschaft „Stadt und Land“ dafür gelobt, die energetische Fassadensanierung der High-Deck-Siedlung mit der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche aus der Siedlung verbunden zu haben. Den Akteur_innen gebührt ein großer Dank für ihr Engagement.

Finanzielle Auswirkungen vor Ort

Ein verheerendes Signal ist, dass Projekte, die erst durch umfassende Bürgerbeteiligung erkämpft wurden, nunmehr in ihrer Existenz bedroht sind. Bürgerinnen und Bürger werden zwar bei Bauprojekten noch Mitsprachemöglichkeiten haben, jedoch keine eigenen Projekte mehr entwickeln können.

aus Bundes- und zu 1/3 aus Landesmitteln bestritten.“ Statt bisher 5,67 Millionen Euro erhält Berlin nach Auskunft des Bürgermeisters Buschkowski im vergangenen Dezember in der Neuköllner BVV vom Bund für das Programm „Soziale Stadt“ voraussichtlich nur noch 1,44 Millionen Euro. Will das Land Berlin im Jahr 2011 die Kürzung voll ausgleichen, müsste es im Vergleich zum Vorjahr dreimal so viel wie bisher, nämlich rund 6,5 Millionen Euro, selbst aufbringen - Geld, das woanders bitter fehlen würde. Sollte das Land Berlin die gleiche Summe beisteuern wie bisher, ergibt sich bei bestehendem Kofinanzierungsschlüssel eine Gesamtsumme von insgesamt nur 7,6 Millionen Euro; die 34 Quartiersmanagementgebiete Berlins würden also insgesamt mit weniger als der Hälfte auskommen müssen. Auf den derzeit in Arbeit befindlichen Plan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, wie die Mittelkürzung teilweise aufgefangen werden soll, darf man gespannt sein.

Die Auswirkungen der Kürzungen werden in 2011 noch nicht vollständig spürbar sein, da die in einem Jahr „generierten“ Mittel jeweils über einen Zeitraum von fünf Jahren ausgegeben werden. Die Kürzungen von 2011 würden sich also im Gesamtzeitraum 2011 bis 2015 auswirken. Sollten 2012, wie wir es fordern, die Bundesmittel wieder verstärkt werden, könnte die Wirkung etwas abgemildert und der Trend wieder umgekehrt werden.

Proteste gehen weiter

Das Programm „Soziale Stadt“ wird noch von sich reden machen. Wenn sozial-integrative Projekte tatsächlich ausbleiben, werden Träger in den Stadtteilen schließen, werden viele Kitas ihre Zusammenarbeit mit Eltern zurückfahren, weil wichtige Stunden und Ausstattungen fehlen, werden Stadtteilzentren ihre Angebote zurück fahren müssen, werden



Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Bertelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

Vi.S.d.P.: Susanne Lippert Tel: 0160-91 42 90 11

Redaktionsschluss 02.02.2011

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Michael Cramer, Christian Hoffmann, Matthias Holland, Janek Jonas, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Martin Kupfer, Susanne Lippert, Milena Oschmann, Mijgan Percin, Bernd Szczechanski, Michael Schröter, Jasenka Villbrandt, Gabriele Vonnckold, Daniela Wagner, Bertil Wewer.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige AutorIn die Verantwortung.

Druck: Caro-Druck GmbH

VorstandssprecherInnen:

Mijgan Percin Tel: 0173-2037049 André Schulze Tel: 0162-6458710

Internet:

http://www.gruene-neukoelln.de E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

RECHT AUF SCHULE

Buschkowsky und die Kinderrechte

Im Nachbarschaftsheim Neukölln treffe ich häufig einen ca. 11-jährigen Jungen, wir haben uns schon ein wenig angefreundet. Neulich sprachen wir über seine Schwierigkeiten in der Schule und er erzählte mir seine Geschichte:



Vor einigen Jahren holte ihn – nennen wir ihn Murat – seine Großmutter aus Bulgarien nach Berlin, wo sie schon einige Zeit lebte und arbeitete. Die Eltern blieben zunächst in der Heimat. Da es keine anderen Verwandten in Berlin gab, die auf ihn aufpassen konnten, nahm ihn die Oma mit Einverständnis des Chefs täglich morgens um 6 Uhr mit zu ihrer Arbeitsstelle, einem kleinen Produktionsbetrieb. Natürlich war ihm langweilig und er freute sich, wenn er in der Firma kleine Aufgaben erledigen durfte – Botengänge, Material aus dem Lager holen, Abfall wegbringen usw. Die übrigen Mitarbeiter und der Chef waren nett zu ihm, jeder sprach türkisch wie er, er bekam zu essen, manchmal eine Belohnung. Auf der Straße musste er sich bei anderen Kindern durchsetzen. Wenn ihn jemand verspottete oder beleidigte, reagierte er mit den Fäusten.

Als seine Eltern nach ca. einem Jahr – genau weiß er es nicht – ebenfalls nach Berlin kamen, durfte er in die Schule gehen, denn seine Mutter konnte sich nun um ihn kümmern. Er kam in eine Deutsch-Vorbereitungsklasse und später in eine Grundschule nahe seinem Wohnort. Heute spricht er einigermaßen Deutsch, hat aber Probleme, in der Schule mitzukommen, denn Sprachverständnis und Wortschatz sind mangelhaft. Oftmals versteht er die LehrerInnen nicht und kann ihnen auch nicht vermitteln, was er vom Lehrstoff begreift oder nicht. Noch immer ist er davon überzeugt, dass man Probleme mit anderen Schülern durch körperliche Auseinandersetzungen löst – einen anderen Weg kennt bzw. versteht er nicht. Natürlich führt das zu Problemen, er gilt als auffällig und uneinsichtig. So gibt es immer wieder Strafmaßnahmen, deren Grund er meist nicht nachvollziehen kann.

Kein Einzelfall

So wie Murat geht es vielen Kindern. Die MitarbeiterInnen von Jugendeinrichtungen in Nordneukölln treffen vormittags auf Straßen und Spielplätzen immer wieder Jungen und

Mädchen, die eigentlich in der Schule sein sollten. Allerdings schwänzen sie nicht, wie zunächst vermutet, sondern es gibt in Neukölln etliche Schulen, die sich weigern, diese Kinder aufzunehmen. Die Zahl der Vorbereitungsklassen für Kinder mit Deutschdefiziten ist viel zu gering und vom Senat ist kein Anzeichen zu erkennen, sich dieses Problems anzunehmen, informierte die Bildungsstadträtin im Januar auf Anfrage der Grünen und anderer Parteien die BVV.

Der Skandal ist: wenn Eltern nicht behördlich gemeldet sind, werden Kinder von Schulen abgewiesen, obwohl sie in deren Einzugsbereich leben. Wenn man auch nachvollziehen kann, dass die Aufnahme von Kindern ohne Deutschkenntnisse für eine Schule problematisch ist, bedeutet diese Entscheidung, dass man sie der Straße überlässt, wo sie dann zusehen müssen, wie man sich im Leben behauptet.

Kinderrechte contra Staatsräson

Dieses Vorgehen ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Berliner Schulgesetz, in dem es heißt: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ...“ (§ 2).

Wie verhält sich nun der Neuköllner Bürgermeister in dieser Frage? Im Tagesspiegel vom 23.1.2011, der sich mit der Situation dieser Kinder – meist Roma aus Bulgarien oder Rumänien – befasst, plädieren Streetworker, Sozialarbeiter und Pädagogen entschieden dafür, den Kindern sofort den Schulbesuch zu ermöglichen, unabhängig davon, ob ihre Eltern angemeldet sind. Denn Kinder dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sich ihre Eltern möglicherweise nicht gesetzestreu verhalten. Unser Bürgermeister dagegen vertritt seine schon aus Talkshows und Boulevardmedien sattsam bekannte harte Linie: „Kinder ohne festen Wohnsitz, ohne behördliche Anmeldung und ohne gesetzliche Vertreter können wir nicht beschulen. Eine solche Handhabung würde alle rechtsstaatlichen Ordnungsprinzipien ad absurdum führen.“

Herr Buschkowsky scheint nicht mitbekommen zu haben, dass die Bundesregierung im Juli 2010 – nach langen Vorhalten – die UN Kinderrechtskonvention uneingeschränkt anerkannt hat. Diese legt fest: „Bei

allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist“ (Artikel 3,1). „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere a) den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen; b) ... (Art. 28,1).

Vorbild Kreuzberg

In Kreuzberg nimmt man die Interessen der Kinder ernst. Dort überlegt die grüne Bildungsstadträtin Monika Hermann sogar, extra eine Schule für Kinder von Roma-Wanderarbeitern einzurichten, die nur in den Sommermonaten nach Berlin kommen.

Solches „Gutmenschengedöns“ ficht Buschkowsky freilich nicht an. Er nimmt stattdessen in Kauf, dass die abgewiesenen Kinder von der Straße „erzogen“ werden. Dass dort der Grundstein für so manche Intensiväterkarriere gelegt wird, scheint für ihn kein Grund, von seiner Position abzuweichen – da müssen eben Polizei und Jugendgerichtsbarkeit auf den Plan gerufen werden. Schließlich hat ihn diese Politik zum bekanntesten Bürgermeister Deutschlands gemacht!

Seltsam nur, dass er damit seine eigenen „Grundsätze“ auf den Kopf stellt. Vor nicht allzu langer Zeit tönte er noch, man müsse das Recht der Kinder auf Bildung durchsetzen, und gegebenenfalls Eltern von Schulverweigerern das Kindergeld oder die Hartz-IV-Leistungen kürzen: „Geht das Kind nicht in die Schule – kommt das Geld nicht auf das Konto!“ war sein markiges Statement. Heute heißt es dagegen offenbar „Kommen die Eltern nicht zum Meldeamt – geht das Kind nicht in die Schule!“

Ein merkwürdiges Verständnis von Kindeswohl. Zumindest Kollege Sarrazin dürfte darüber hoch erfreut sein – in Neukölln wird er verstanden.

Bernd Szczepanski
Fraktionsvorsitzender

Was geschah in der BVV?

Die letzte Sitzung des Jahres (08.12.2010) beeindruckte noch einmal mit einer randvollen Tagesordnung und einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Grünen und der SPD. Unser neuer Bezirksverordneter Ronny Wenke, nachgerückt für die ausgeschiedene Gabriela Gebhardt, war über den rüden Stil der Debatte zum Antrag der Grünen „Geld für die Jugend statt für Parkplätze!“ so entsetzt, dass er spontan das Wort ergriff. Sein Debüt als Redner in der BVV wurde so zu einem Appell für Sachlichkeit und menschliche Umgangsformen.

Inhaltlich ging es um Etatkürzungen und dann auch um angebliche Haushaltsunregelmäßigkeiten in der Abteilung Jugend. Die SPD tat sich erkennbar schwer damit, unserer Jugendstadträtin Fehlverhalten vorzuwerfen und ihr die Haushaltsmittel zu kürzen, dabei aber gleichzeitig nicht als Totengräberin der Neuköllner Jugendarbeit dazustehen. Sie wollte mit Unterstützung der CDU unseren Antrag „Keine Kürzungen im Jugendhaushalt“ in sein Gegenteil verkehren. „Systemkonformes Vortragen der Jahresabschlüsse 2009“, so der Änderungsantrag, hätte eine Kürzung von 4,8 Mio bedeutet. Am Ende einer langen Diskussion wurde der Antrag in den Hauptausschuss überwiesen, dort erneut verändert und so die faktische Kürzung von 0,6 Mio bestätigt. Derart sinnentleert wurde er schließlich gegen unser Votum beschlossen.

Außer einer Klimavergiftung hatte die SPD nicht viel erreicht.

Es gab erneut viele Anträge und Anfragen zur Schulpolitik. Sie wurden zum Teil auf die Januarsitzung vertagt, in Ausschüsse überwiesen oder schriftlich beantwortet. Die CDU hat erkennbar ein Problem mit dem jahrgangsübergreifenden Lernen („JÜL“) und bringt dies Thema immer wieder auf die Tagesordnung.

Aus unserer fünfteiligen Antragsreihe „Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz“ wurde immerhin ein Vorschlag angenommen, den BürgerInnen zukünftig bei der Fragestunde die Begründung ihrer Frage zu erlauben. Antragsrechten der BürgerInnen in Ausschüssen oder öffentlichen Sitzungen des Hauptausschusses wollten die anderen Fraktionen aber mehrheitlich nicht zustimmen.

Der Appell von Ronny schien gewirkt zu haben: die Januar-Sitzung der BVV verlief harmonisch und so zügig, dass sie vor Ablauf der regulären Zeit (22:00) beendet werden konnte. Wie in jeder Sitzung musste Vieles routinemäßig zur Kenntnis genommen oder abschließend beschlossen werden, zu dem es nichts mehr zu debattieren gab. Alle Vertagungen



aus 2010 wurden abgearbeitet.

Neben den bekannten kommunalpolitischen Themen wie Wasserscheiden in Kellern von Einfamilienhäusern in Rudow, Unrat auf der Straße und ungesicherte Baustellen konnten die Bezirksverordneten auch etwas Neues lernen: Wenn Kinder im Kindergarten urheberrechtlich geschützte Lieder singen, sind dafür keine GEMA-Gebühren zu zahlen. Eine besorgte Anfrage der CDU konnte von der Jugendstadträtin entsprechend beantwortet werden.

Besonders breiten Raum nahm erneut das Neuköllner Schulwesen ein, die Bezirksstadträtin Giffey von der SPD bestritt fast zwei Stunden der Veranstaltung in Beantwortung diverser Anfragen. Dabei ging es um den anhaltend schwierigen Prozess der Umsetzung der jüngsten Schulreform und insbesondere um die Sicherstellung ausreichender Angebote für Kinder aus solchen Familien, in denen die für einen Schulbesuch notwendigen Grundkenntnisse nicht vermittelt werden. Unverständnis und Kritik äußern die Grünen an der Zurückweisung schulpflichtiger Kinder von Eltern ohne amtlich korrekten Aufenthaltsstatus („Illegale Ausländer“) an Neuköllner Schulen. Diese Praxis des Neuköllner Bezirksamtes entspricht nicht, wie unser Fraktionsvorsitzender Bernd Szczepanski in seinem Antrag betonte, dem Berliner Schulgesetz.

Dank einer mündlichen Anfrage aus den Reihen der SPD (Frau Klein) erfuhr die BVV, dass es sich bei dem Ausbau des Schulstandortes am Nordrand der Gropiusstadt, wo noch die Ruine der alten Clay-Schule steht, zu einem „Campus Efeuweg“ zunächst nur um ein Forschungsvorhaben der TU mit finanzieller und fachlicher Unterstützung des Bezirksamtes handelt.

Die für mich schönste weil beruhigende Auskunft gab der Bürgermeister höchstpersönlich auf eine mündliche Anfrage des Verordneten Kroll (CDU): Die Zusammenlegung von zwei Polizeiabteilungen im Bereich Britzer Damm hat zu keinerlei Kriminalitätssteigerung geführt.

Martin Kupfer
Bezirksverordneter

Neues aus Neubritz!

Bürgerschaftliches Engagement wird zunehmend von der Bevölkerung auch in Neukölln erwartet. Welche Hürden dabei zu überwinden sind, zeigt sich auch bei der Gründung des Vereins proNeubritz.

Bereits am 12. Dezember 2008 trafen sich die Gründungsmitglieder, um eine Satzung zu verabschieden und einen Vorstand zu wählen. Nach unzähligen vom Amtsgericht geforderten Änderungen der Satzung wurde der Verein endlich am 12. Oktober 2009 eingetragen. Seither bemüht sich der Verein beim Finanzamt um

die Anerkennung der Gemeinnützigkeit, um auch Spenden für seine Arbeit einwerben zu können. Nachdem alle Wünsche des Finanzamtes berücksichtigt und letzte Forderungen des Amtsgerichts erfüllt wurden, wurde der Verein endlich im Februar als gemeinnützig anerkannt.

Nach zwei Jahren trockener Diskussionen kann nun endlich die inhaltliche Arbeit beginnen.

Der Verein proNeubritz e.V. will sich um die Verbesserung der Sauberkeit durch Beseitigung von Sperrmüll, beklebter Verteilerkästen und Hundekot kümmern.

So hat proNeubritz durch ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe und in Zusammenarbeit mit der Stadt & Hund gGmbH das Projekt von 7 Hundekotbeutel-Stationen in Neubritz ein Jahr nach Ende des Sanierungsgebietes Wederstraße fort geführt. Jetzt sind die Gewerbetreibenden gefordert, ihren Beitrag für ein Stück mehr Sauberkeit vor ihrer Haustür einzubringen.

Weiter wird proNeubritz bei der Pflege und Reinigung des Carl-Weder-Parks mitwirken. Durch Verlegung von „Stolpersteinen“ will proNeubritz an Verfolgung des Nationalsozialismus erinnern. Der Verein will durch Öffentlichkeitsarbeit zur Imageverbesserung beitragen und

über die bauhistorische und stadtsociologische Entwicklung des vom Bodenreformer Carl Weder gegründeten Stadtteils informieren. Dabei will er zusammen mit Migrant_innen an der Verbesserung der sozialen Lebenssituation und zur Sicherung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in Neubritz beitragen.

Das KranoldWederNetz ist ein Bündnis aus den umliegenden Kitas, Schulstationen und anderer sozialer Einrichtungen und veranstaltet auch interkulturelle und interreligiöse Begegnungen der Menschen aus dem Quartier. Im Juni soll wieder ein interkulturelles Frühstück auf dem Kranoldplatz stattfinden.

Der Verein proNeubritz wird sich entschieden gegen Bestrebungen von Rechtsextremen wehren, ihr Gedankengut zur Vergiftung des gemeinsamen Zusammenlebens salonfähig zu machen.

Neubritz umfasst das Gebiet zwischen Hermannstraße/Britzer Damm im Westen, Karl-Marx-Straße/Buschkrugallee im Osten, dem Teltowkanal im Süden und der Ringbahn im Norden. Wenn Sie sich zur Mitarbeit angesprochen fühlen, wenden Sie sich an die Redaktion. Wir vermitteln den Kontakt.

Bertil Wewer
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln

SOZIALES

Die wahren Folterinstrumente der Sozialpolitik packt die schwarz-gelbe Bundesregierung erst im Herbst 2011 aus!



Das Entscheidende in der Sozial- und Gesundheitspolitik wird auf der Bundesebene beschlossen. Deshalb muss die schwarz-gelbe Politik betrachtet werden, um die Auswirkungen in Berlin und seinen Bezirken zu verstehen. Schwarz-gelbe Politik ist in beinahe allen Politikfeldern eine Klientelpolitik für Arbeitgeber und Reiche und gegen Familien mit geringem Einkommen, gegen Kinder - insbesondere von Alleinerziehenden - gegen RentnerInnen und Alte, gegen dauerarbeitslose Personen und gesetzlich Krankenversicherte.

Die schwarz-gelbe Politik der letzten eineinhalb Jahre ist unsozial:

- » Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Plan, in Zukunft alle Kostensteigerungen nur noch den Versicherten in Form von Kopfpauschalen aufbürden zu wollen, beweist die soziale Kälte der schwarz-gelben Regierung.
- » Die Fördermittel für Städtebauförderung, insbesondere beim Programm „Soziale Stadt“ werden radikal gekürzt. Das ist ein schwerer Schlag für die Berliner Bevölkerung und Berlins Projektlandschaft, denn bedroht sind Maßnahmen von Jugendarbeit bis hin zu Sprachförderung in sozialen „Brennpunkten“ und an den Schulen.

» Die Bundesregierung verschärft durch die Streichung der Heizkostenkomponente im Wohngeld das Problem für Haushalte, die einen wachsenden Bedarf an Unterstützung haben.

» Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Hartz-IV-Leistungen ist eine herbe Enttäuschung, denn die Bundesregierung will die Regelsätze für erwachsene Hartz-IV-Empfänger völlig unzureichend erhöhen und für Kinder gar nicht. Hier wird das Bundesverfassungsgerichtsurteil scheinbar nur nach Kassenlage umgesetzt.

» Die Sanktionen gegen Hartz-IV-BezieherInnen sollen dafür noch härter werden und sogar ohne schriftliche Rechtsfolgenbelehrung verhängt werden können. Dabei sind schon heute 50 Prozent aller Klagen im SGB II vor den Sozialgerichten erfolgreich. Das ist ein Angriff auf die sozialen Bürgerrechte.

Sozialpolitik als große Mogelpackung

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ist eine große Mogelpackung. In diesem Land sind nicht nur 2,9 Millionen Menschen arbeitslos, tatsächlich suchen über 4 Millionen Menschen eine Arbeit. Die Differenz wird einfach durch verschiedene Tricks, wie das Nichtzählen von Menschen in Fördermaßnahmen, unsichtbar gemacht. Die wahren Härten in der Sozial- und Gesundheitspolitik werden aber erst noch kommen. Die schwarz-gelbe Regierung zögert noch, um das Wahljahr 2011 besser zu überstehen.

Ausstieg aus der Solidarität

Besorgnis erregend sind besonders auch die schwarz-gelben Pläne in der Pflege, denn auch hier kündigt sich ein Ausstieg aus der Solidarität an. Schwarz-Gelb hat zwar den Plan verworfen, eine neue, privat getragene Versicherungssäule zu schaffen,

aber wir sollten uns nicht in Sicherheit wiegen, denn die Umsetzung dieses Plans wurde nur aufgeschoben.

Verantwortung: Fehlanzeige!

Die Bundesregierung kennt die Probleme und wälzt sie auf die Kommunen ab. Dabei sind die Gemeinden schon chronisch unterfinanziert und wegen der steigenden Sozialkosten am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Sie brauchen dringend eine Entlastung.

Berlin ist ein armes Bundesland, und die Armut trifft neben den Arbeitslosen auch sehr viele, deren Arbeitslohn zum Leben nicht ausreicht. Anstatt Maßnahmen zu entwickeln, die die BewohnerInnen unterstützen, werden die Kürzungen des Bundes bei den Eingliederungsmitteln zum Zusammenbruch der Hilfsstrukturen und damit zum Aus für viele soziale Projekte führen. Welche Auswirkungen dies auf die Beschäftigten der sozialen Projekte haben wird und welche Konsequenzen der Kahlschlag beispielsweise bei den Mobilitätshilfsdiensten für die in der Mobilität Eingeschränkten haben wird, daran mag man noch gar nicht denken.

Und was macht Rot-Rot in Berlin? Rot-Rot reicht den Druck der Bundesebene an die Bezirke weiter und versteckt die eigene Untätigkeit hinter meist erfolglosen Initiativen im Bundesrat. Berlin braucht einen Wechsel!

Jasenka Villbrandt MdB

Die Autorin wurde 1951 im ehemaligen Jugoslawien geboren. Seit 1972 lebt sie in Berlin und arbeitet als Sozialarbeiterin. Sie ist Sozialpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Politikbereiche: Soziales, Senior_innen, Menschen mit Behinderungen und Bürgerschaftliches Engagement.

GRÜNE MASSTÄBE IN DER INTEGRATIONSPOLITIK

Berliner Grüne beschließen die Gründung eines Migrationsmuseums in Berlin

Auf Initiative der Grünen in Neukölln wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz im November 2010 mit überwältigender Mehrheit die Gründung eines Migrationsmuseums in Berlin beschlossen. „Für uns Grüne ist Einwanderung ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Sie ist untrennbar mit der deutschen Geschichte und Gegenwart verbunden (...) Es ist an der Zeit, dies in einem angemessenen Rahmen zu würdigen und für eine breite Öffentlichkeit die vielfältigen Facetten von Migration (...) unserer gesamten Gesellschaft erlebbar zu machen.“ heißt es in dem Beschluss der Berliner Grünen.

Ein lange vernachlässigtes Thema...

Lange schon ist Deutschland nicht nur ein Auswanderungs- sondern auch ein Einwanderungsland. Entsprechend gibt es seit 2005 das „Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven“, welches sich mit der Auswanderungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert befasst. Eine richtige und wichtige Einrichtung. Konsequenterweise ist es deshalb auch richtig, in der Folge ein Migrationsmuseum zu gründen. Ein vernachlässigtes Thema, denn bislang gibt es kein Museum, das die Migrationsgeschichte Deutschlands als Teil allgemeiner deutscher Geschichte mit Exponaten dauerhaft präsentiert. Gemessen an der Bedeutung der Migration für Deutschland eine klaffende Lücke in der Museumslandschaft. Der grüne Bundesvorsitzende Cem Özdemir stellte bereits 2002 in einer an die damalige Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gerichteten, in SpiegelOnline veröffentlichten, Schrift fest, dass „die Geschichte der Migration in Deutschland in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb (...) Mit reichlich Verspätung (auf diesem Gebiet ist unser Land leider immer etwas verspätet...)“. Über

die Gründung eines Migrationsmuseums sagte er an gleicher Stelle „kann dies nun zu einer Komplettierung eines Geschichtsbewusstseins beitragen, das auch die über sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land einschließt.“

Der Bedarf ist groß...

Zahlreiche Ausstellungen in den vergangenen Jahren fanden große Beachtung und belegen den Bedarf für die Musealisierung der deutschen Migrationsgeschichte. Allen voran zu nennen sind die Sammlungen und Ausstellungen des DOMiD, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V., eine zivilgesellschaftliche Initiative, die sich bereits



1990 als Initiative türkeistämmiger Migrant_innen gründete und sich seither für die Gründung eines Migrationsmuseums einsetzt. Ein Migrationsmuseum in Berlin wäre gleichzeitig ein weiterer Anziehungspunkt für Berliner_innen und Besucher_innen aus dem In- und Ausland, es könnte die Stadt noch ein Stück attraktiver machen. Es würde den internationalen und weltoffenen Charakter Berlins als Metropole unterstreichen.

Grüne Integrationspolitik ist positiv...

Diese Beschlusslage ist in der Integrationspolitik bundesweit einmalig. Denn neben den Grünen hat sich keine Partei des Themas angenommen. Dies beweist einmal mehr, dass auch die Integrations- und Migrationspolitik schon lange Alleinstellungsmerkmal der Grünen ist und anders, als es die Sozialdemokraten vormachen, positiv besetzt sein kann.

Müjgan Percin
Sprecherin Grüne Neukölln

FRAUENPOLITIK

Hundert Jahre Frauentag

Das Jahr 2011 lässt die Feministin gar nicht mehr aus dem Feiern kommen. Nicht nur, dass wir den internationalen Frauentag in diesem Jahr im März zum einhundertsten Mal begehen, auch die grüne Frauenquote wird 25 Jahre alt und unser Berliner Landesgleichstellungsgesetz zwanzig. Und für die martialischeren Naturen unter uns gibt's auch noch 10 Jahre Frauen in der Bundeswehr oben drauf. Aber meine Damen – und meine wenigen Herren auch – feiern Sie nicht zu sehr, denn es gibt noch viel zu tun und von der jetzigen Regierung sind keine weiteren Impulse in Richtung Fortschritt und Geschlechtergerechtigkeit zu erwarten.

Die Frauen damals kämpften noch um ihr Wahlrecht, das es inzwischen fast überall gibt; nur Saudi-Arabien, die Komoren und Mikronesien konnten sich noch nicht durchringen es der

Welt gleichzutun. Inzwischen liegt der Anteil der Parlamentarierinnen weltweit bei knapp 19% und damit noch weit unter den 30%, die die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking angepeilt hat. Dass das Ungleichgewicht im Parlament verkleinert wird, dazu haben die grünen Männer und Frauen einiges beigetragen, als sie zum 75. Frauentag beschlossen, dass Frauen und Männer bei der Vergabe von Parteiämtern und Mandaten gleich zu behandeln sind. Damit haben sie einen wahrlich historischen Schritt getan, der nach nur 25 Jahren sogar die CSU erreichte, die es jetzt mal mit 40 % Frauen versuchen will.

Ein Jubiläum, welches die Berliner Grünen ganz besonders freut, ist der zwanzigste Geburtstag des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG). Es war das buchstäblich letzte große gemeinsame Projekt, das Rot-Grün

1990 noch verabschiedete. Es ist aus heutiger Sicht nicht besonders spektakulär, aber damals war es das erste seiner Art und richtungweisend. In den letzten Jahren ist es uns auch aus der Opposition heraus gelungen, das LGG immer wieder auf die parlamentarische Tagesordnung zu setzen und Verbesserungen und Klarstellungen zu erreichen. Wurden früher die begehrten, gut dotierten Vorstandspeditionen in landeseigenen Betrieben gerne unter der Hand an gute Freunde vergeben, müssen sie heute öffentlich ausgeschrieben werden, um nur ein besonders prägnantes Beispiel zu nennen.

Als die deutsche Sozialistin Clara Zetkin vor 101 Jahren auf die Idee kam, einen weltweiten Tag der Frau auszurufen, lagen die Missstände und Repressalien auf der Hand. Das tun sie heute immer noch. Deshalb möch-

ten wir auch mit einer besonderen Aktion an Clara Zetkin erinnern. Am 8. März werden wir die Dorotheenstraße in Mitte, da wo sich u. a. das Jakob-Kaiser-Haus befindet und die Büros der Bundestagsabgeordneten, in einem symbolischen Akt in Clara-Zetkin-Str. umbenennen. So hieß sie vor der Wende schon einmal. Allerdings wollte der damalige Kanzler Kohl nicht, dass seine Abgeordneten eine solch merkwürdige Postanschrift bekommen und beschloss, die Straße soll ihren vorsozialistischen Namen zurück erhalten. Nun brachte uns aber der konservative CDU-Politiker Philipp Mißfelder mit seiner letztjährigen Rede zum Frauentag, in der er Clara Z. ausdrücklich für ihre Verdienste zur Einführung des Frauentages rühmte, auf die richtige Idee. An diesem schönen Beispiel sieht man wieder einmal, wie gut die egalitäre Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen schon

klappt. Die Männer reden drüber, die Frauen setzen es um.

Anja Kofbinger
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Direktkandidatin für Neukölln



Clara Zetkin zusammen mit Rosa Luxemburg in Stuttgart beim Internationalem Sozialistenkongress 1907. Bild: IISG/flickr.com

HEIMLICHE KÜNDIGUNG UM DIE TASK-FORCE-OKERSTRASSE

Sozialdemokratische Informationspolitik heißt Verschleierung

Eine Schockwelle erschütterte die Mitglieder des Quartiersbeirates beim Quartiersmanagement im Schillerkiez, als sie im Februar erfuhren, dass der Träger des Projektes Task-Force-Okerstraße (TFO) bereits im Dezember zum Jahresende 2010 ohne Vorwarnung durch das Bezirksamt gekündigt wurde. Der Träger machte mit der dem Projekt TFO, in besonderer Weise mit dem Mitternachtsboxen für Jugendliche, eine gute Jugendsozialarbeit. Keiner von den Anwohnern ahnte noch vor einigen Monaten, als sie der Fortsetzung des Projektes Task-Force-Okerstraße zustimmten, dass die Umsetzung des

Projekts durch die plötzliche Kündigung des Trägers Integra e.V. massiv gestört werden würde. Denn aus ihrer Sicht lief alles reibungslos.

Vertrauensverlust bei den Anwohnern...

Die Kündigung stellt sich für die Anwohner_innen als eine Heimlichkeit dar, die zu einer erheblichen Störung des Vertrauensverhältnisses geführt hat. Denn weder vorab noch nachträglich wurden die Anwohner_innen des Schillerkieses über die Kündigung informiert. Sie fühlen sich zu „Abnickern“ degradiert und forderten

zuletzt im Rahmen einer Krisensitzung eine faire Informationspolitik, die ihrem Anspruch an ihre ehrenamtliche Arbeit gerecht wird.

Nicht besser steht es um den Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung. Trotz der Nachfrage der Grünen Bezirksverordneten Hanna Schumacher in einer Ausschusssitzung im Januar wurden die bestehenden Schwierigkeiten in der Umsetzung des Projektes und die Kündigung verschwiegen. Vielmehr erfuhren alle Beteiligten, sehr zur Verärgerung des SPD-Bezirksbürgermeisters, erst im Februar zufällig über eine Pressemit-

teilung des gekündigten Trägers von der Kündigung. Damit hatte er wohl nicht gerechnet.

Große Anfrage der Grünen...

Die Grünen-Fraktion in der BVV reagierte auf die heimliche Kündigung mit einer Großen Anfrage, um so Licht ins Dunkel zu bringen und die Öffentlichkeit zu informieren.

Die durch diese Kündigung zu Tage tretende Verschleierungspolitik belegt einmal mehr, dass demokratische Teilhabe von Anwohner_innen beim SPD-geführten Bezirksamt nicht ernst gemeint ist und als lästige

Störung des Routinebetriebs wahrgenommen wird.

Müjgan Percin
Sprecherin Grüne Neukölln

Task-Force-Okerstraße: Ein vom Bezirk Neukölln zusätzlich zum Quartiersmanagement eingerichtetes Projekt mit dem Ziel, Nachbarschaftsprobleme rund um die Okerstraße zu lösen. Ein Team von Sozialarbeitern soll vertrauensvoller Ansprechpartner sein, insbesondere auch für vernachlässigte Jugendliche sorgen.

Die A100 ist noch zu stoppen!



Obwohl die rot-rote Koalition im Abgeordnetenhaus nach Widerständen in ihren eigenen Parteien sich nicht mehr mit der Verlängerung der A 100 vor den Wahlen im September diesen Jahres beschäftigen wollte, wurde nun doch Anfang 2011 der „Planfeststellungsbeschluss“ des 16. Bauabschnitts angekündigt und ausgelegt. Forderungen nach Verlängerung der Fristen für Einsichtnahme und Klageerhebung wurden zurückgewiesen. Die plötzliche Eile der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist leicht zu durchschauen: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland („BUND“) ist gerade mit der Klage gegen ein weiteres Straßenbauprojekt des Senats – den Ausbau der Invalidenstraße – beschäftigt und es sollen noch schnell Fakten geschaffen werden, bevor es nach den Wahlen an der politischen Mehrheit für den Weiterbau fehlt.

Auf der geplanten Autobahntrasse wurden unumkehrbare Fakten geschaffen: Nachdem die betroffenen Kleingärtner_innen zum Herbst gekündigt wurden, sind die Parzellen weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ohne Notwendigkeit und völlig übereilt Anfang Dezember kurz nach der Übergabe durch die bisherigen Nutzer_innen geräumt worden und bieten nun einen traurigen Anblick (siehe Foto). Die Kleingartenkolonie hat den Wasseranschluss gekündigt und dieser wurde Mitte Februar 2011 durch die Wasserwerke still gelegt. Die noch verbleibenden Kleingärtner_innen sind jetzt durch die dem Vandalismus freigegebenen Nachbarflächen verunsichert.

Doch die Strategie der Senatsverwaltung wird nicht aufgehen: Der BUND ruft alle Anwohner_innen und Gewerbetreibenden entlang der geplanten Trasse - besonders in der Arons-, Kieffholz- und Beermannstraße - auf, gemeinsam gegen dieses verkehrs- und umweltpolitisch unsin-

nige Projekt zu klagen. Zunächst soll gerichtlich erreicht werden, dass bis zum endgültigen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts keine weiteren Fakten geschaffen werden. Angesichts der massiven Beeinträchtigung durch Lärm und Luftschadstoffe und der damit verbundenen Wertminderung der anliegenden Grundstücke und Wohnungen, die teilweise erst kürzlich in Eigentum umgewandelt wurden, hat die Klage gute Aussichten auf Erfolg. Der BUND und die Bürgerinitiative Stadtring Süd rufen wegen der hohen Verfahrenskosten zur Unterstützung durch Spenden (Stichwort: Gegen A100) auf das gemeinsame Spendenkonto 3288802 bei der Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 10020500) auf.

Bündnis 90/Die Grünen sind gegen das Projekt, für das Berlin neben den 420 Mio. € vom Bund mindestens 24 Mio. € aufbringen muss. Wer Autobahnen baut, wird Verkehr ernten! Die Verlängerung der A 100 bringt zusätzliche Verkehrsbelastungen für die angrenzenden Bezirke durch Anbindung an die B 96a, die dadurch zusätzlichen Schwerlastverkehr in die Innenstadt bringen wird. Auch in der Elsenstraße und in der Sonnenallee wird der Stau zum Alltag werden. Im September können Sie diese Pläne mit Ihrer Wahl durchkreuzen!

Weitere Informationen gibt es unter www.stop-a100.de und www.bund-berlin.de.

Matthias Holland
AG Stadtentwicklung



Trauriger Anblick: Geräumter Kleingarten, Bild: M. Holland

Städtische Mobilität und ihre Bedeutung in sozialer Hinsicht

Berlin könnte die Musterstadt zukünftiger Mobilität sein. Die Stadt hat eine dezentrale Stadtstruktur mit über 20 bezirklichen Zentren und verfügt über ein ausgezeichnetes öffentliches Nahverkehrsnetz. 90 Prozent aller Haushalte sind weniger als fünf Fahrradminuten von der nächsten S-, U- oder Straßenbahn-Haltestelle entfernt, jeder zweite hat überhaupt kein Auto. Und auf fast 80% der Straßen ist die Geschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer begrenzt. Berlin ist meines Wissens weltweit die einzige Stadt, in der das Fahrrad in S-, U- und Straßenbahn ohne Sperrzeiten mitgenommen werden kann.

Auch fahrradfreundlicher wurde die Stadt. Statt gefährlicher Gehweg-Radwege werden Fahrradstreifen auf der Fahrbahn angelegt. Der Rad-Anteil wurde in gut 10 Jahren von 6% auf 14% mehr als verdoppelt.

Trotz dieser ausgezeichneten Ausgangslage ist die rot-rote Verkehrspolitik vom Blick durch die Windschutzscheibe geprägt. Obwohl Hans-Jochen Vogel schon 1971 als Oberbürgermeister von München gesagt hatte: „Das Auto mordet unsere Städte, wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, will der rot-rote Senat eine Stadtautobahn bauen, die mit knapp 150 Mio. Euro pro Kilometer die teuerste Autobahn der Republik wäre. Die Planung stammt aus den 1950er Jahren, als die autogerechte Stadt noch das unumstrittene Leitbild moderner Metropolen war.

Dieses Leitbild hat sich aber gewaltig verändert. In der Innenstadt von Seoul wurde eine innerstädtische Parklandschaft neu angelegt. Um diese Flächen zu gewinnen wurde die 1961 auf einem Flussbett gebaute Stadtautobahn abgerissen. In New York wurde der Broadway in eine Fußgängerzone umgewandelt, aus New York City wird New Walk City. Auch in San Francisco wurde die Autobahn in der Oak Street durch einen Stadtpark ersetzt.

Und Vogels Nachfolger Christian Ude äußert sich auf der VeloCity über die Zukunft des städtischen Verkehrs: „Wir müssen in Zukunft BMW folgendermaßen buchstabieren: Biking, Metro, Walking.“

Anstatt für dasselbe Geld in fünf Jahren 100 Km Straßenbahn zu bauen und die gespaltene Stadt mit ihrem gespaltenen Verkehrsnetz zusammen-

zuführen – U-Bahn und Bus waren im Westen dominant, S-Bahn und Tram im Osten – entschied sich die schwarz-rote Koalition nach der Wende für 5 km U-Bahn in 30 Jahren.

Schwarzfahrer-Bußgeld ist unsozial...

Mit der Festlegung auf den Weiterbau der U 5 vom Brandenburger Tor zum Alex und der geplanten S 21 ist klar, dass es auch in den nächsten 10 Jahren keine signifikanten Verbesserungen geben wird, weil fast alle Investitionsmittel durch diese Tunnelbauten gebunden sind. Und viele Wendeschleifen der Straßenbahn vor der einstigen Mauer dokumentieren auch mehr als 20 Jahre nach deren Fall noch immer die Spaltung der Stadt.

Für Neukölln war und ist die Verbindung vom S- und U-Bahnhof Warschauer Straße zum U-Bahnhof Hermannstraße die oberste Priorität. Wir Neuköllner Grünen haben das schon Anfang der 1990er Jahre gefordert. Die Straßenbahnschienen auf der Oberbaumbrücke wurden schon verlegt. Auch die Verlängerung vom S-Bahnhof Adlershof zum U-Bahnhof Zwickauer Damm würde die einst gespaltene Stadt wieder verbinden. Dass die U-Bahn-Verlängerung zum Single-Airport Schönefeld keine Priorität hatte, ist nachvollziehbar. Dass sie aber unmöglich gemacht wurde, weil im neuen Flughafen ein U-Bahnhof nicht berücksichtigt wurde, ist eine verkehrspolitische Dummheit. Da waren die Betonköpfe der 1960er Jahre weitsichtiger. Nicht nur im Flughafen Tegel, auch im ICC ist die Vorsorge für einen U-Bahnhof getroffen worden.

...im Vergleich zur Parkraumbewirtschaftung

Aber nicht nur verkehrspolitisch, auch sozialpolitisch versagt dieser Senat. Während bei der S-Bahn mittlerweile nur die Tarifierhöhungen pünktlich sind, wurden bei der Parkraumbewirtschaftung die Tarife seit ihrer Einführung 1995 quasi einge-

froren. Während das Schwarzfahren mit 40 Euro geahndet wird, kostet das Schwarzparken lediglich 5 Euro. Steht das Auto in einer Parkraumbewirtschaftungszone den ganzen Tag ohne Billet, ist die „Höchststrafe“ 25 Euro. Da die Kontrollen selten sind, zahlen viele Autofahrer gar nicht mehr. Das seltene Erwischtwerden ist günstiger, als regelmäßig zu zahlen.

Diese Ungerechtigkeit trifft die wenig Begüterten am meisten, weil in Berlin mit 300 Autos auf 1.000 Einwohner der deutsche Durchschnitt (550) erheblich unterschritten wird. Deshalb muss - auch aus sozialen Gründen - Schwarzfahren und Schwarzparken gleichgestellt werden.

Michael Cramer MdEP

Michael Cramer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der Grünen im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Geboren 1949 in Gelvesberg/Westfalen, 2004 in das Europaparlament gewählt und seit 1986 Mitglied der Bezirksgruppe der Grünen in Neukölln.

WIE GEHTS WEITER MIT TEMPELHOF?

Tempelhofer Feld - Freier Zugang für alle!

Seit dem 8. Mai 2010 steht das Tempelhofer Feld allen Berliner_innen offen. Für Menschen mit Behinderung ist die Nutzung zur Zeit allerdings eher schwierig, weil beispielsweise ein Verlassen der Asphaltstrecken für Rolli-Fahrer_innen auch bei trockenem Wetter schnell in unwegsamem Terrain endet. Menschen mit Sehbehinderungen suchen bisher vergeblich nach Leiteinrichtungen zur Orientierung.

Kinder und Jugendliche brauchen Naturerfahrung und Naturerlebnis für ihre gesunde Entwicklung. Erwachsenen dient der Naturkontakt durch Erholung jenseits von Beton und Asphalt als Ausgleich für urbanes Leben. Die Berliner Bauordnung fordert eine ungehinderte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderung sowie alten Menschen. Hierfür ist Voraussetzung, dass vor allem öffentlich zugängliche Anlagen barrierefrei und ohne fremde Hilfe genutzt werden können.

Der Multikulturelle Nachbarschaftsgarten Neukölln, der seit 2007 den interkulturellen Pyramidengarten am Columbiadamm 120 gleich neben dem Eingang zum Tempelhofer Feld betreibt, plant zusammen mit der Jugendkunstschule Neukölln und dem Berliner Verein für Integration im Rahmen einer Zwischennutzung Abhilfe zu schaffen. Ein Duft- und Tastgarten soll ermöglichen, Natur

mit mehr als nur den Augen wahrzunehmen. Hochbeete werden für Rollstuhlfahrende zugänglich sein und von ihnen gepflegt, bepflanzt und beerntet werden können.

Wichtig ist dabei ein generationen-, geschlechter- und herkunftsübergreifend Ansatz: Der Austausch von Menschen mit und ohne Behinderung soll gefördert und ein gemeinsames mit- und voneinander Lernen ermöglicht werden. Dabei sind Kunstaktionen, umweltpädagogische Angebote und Veranstaltungen verbindende Elemente.

Zwar kam das Projekt in der ersten Auswahlrunde nicht zum Zuge, doch die Aktiven vom Pyramidengarten hoffen in einem zweiten Anlauf im Frühjahr 2011 erfolgreich zu sein.

Bis dahin gibt es jeden Sonntag ab 14:00 Uhr einen Tag der offenen Tür im Pyramidengarten. Ab März gibt es dann bis Oktober auch wieder öffentliches Brotbacken im Lehmofen. Der regelmäßig erscheinende Gartenrundbrief und die Homepage www.pyramidengarten-berlin.de informieren über das aktuelle Angebot und die Aktivitäten in den anderen interkulturellen Gärten Berlins.

Christian Hoffmann
Interkultureller Garten
Columbiadamm

ETWAS TUN, STATT VIEL ZU REDEN

Grüne danken Kazim Erdogan für sein Engagement im Bezirk

Am zwanzigsten Dezember 2010 hatten die Neuköllner Grünen in den Leuchtturm in der Emser Straße geladen, um Kazim Erdogan zu ehren und ihm für seine langjährige Arbeit im Bezirk zu danken. Gekommen waren viele, die mit ihm in seinen Projekten arbeiten oder ihn auf die eine oder andere Art unterstützen. Dass so viele gekommen waren – immerhin kurz vor Weihnachten – hat mit einer der besonderen Eigenschaften von Kazim Erdogan zu tun: Durch seine offene Haltung und seine ansteckende Einsatzbereitschaft gewinnt er viele Menschen, die bei seinen Projekten mitmachen.

Gesprächsgruppe für türkische Väter

Sein derzeit bekanntestes Projekt ist wahrscheinlich die Türkische Vätergruppe. Die Männer treffen sich mit ihm als Psychologen, um über ihre Probleme hier in Deutschland zu sprechen: Arbeitslosigkeit, Erziehungsprobleme, ihre Beziehung und das Leben zwischen zwei Kulturen – aber auch Spielsucht und die Thesen von Herrn Sarrazin. Letzteren hatten sie zum Gespräch eingeladen, aber er wollte nicht kommen. - Für die Vätergruppe ist Kazim Erdogan 2010 mit dem Engagementpreis des Bundesfamilienministeriums ausgezeichnet worden.

Seit 2004 veranstaltet Kazim Erdogan Elternabende in Neuköllner Schulen und Kitas, zu denen nicht nur

in türkischer und arabischer Sprache eingeladen wird, sondern auch Expertinnen und Experten kommen, die den Eltern auf Deutsch und in ihrer Muttersprache Fragen zu Ernährung, Schulsystem, Sprachentwicklung und vielem mehr beantworten können. Seit 2006 hat er – jeweils mit einem Riesenteam Freiwilliger – dreimal „Wochen der Sprache und des Lesens“ veranstaltet, während denen in Neuköllner Schulen, Kitas, Altenheimen, in Cafes, Restaurants, in Läden und bei der Polizei Schriftsteller_innen aus ihren Büchern lesen und mit dem Publikum diskutieren.

Gegen Kommunikationslosigkeit

Kazim Ergogan sagt oft, dass das, was unsere Gesellschaft krank macht, die Kommunikationslosigkeit sei. Auch deshalb geht es in allen seinen Projekten immer um Sprache und um die Verbesserung der Kommunikation. Im gerade vergangenen Jahr haben wir eine Diskussion erlebt, in der immer wieder begrüßt wurde, dass man angeblich jetzt „endlich frei sprechen könne“, dass jetzt „endlich die Tabus gefallen“ seien. Wer, wie Kazim Erdogan oder mit ihm gemeinsam die letzten Jahre hier im Bezirk aktiv war, fragt sich da oft: „Was konnte man denn bisher nicht sagen?“ Schul- und Familienprobleme, Arbeitslosigkeit und Perspektivverlust, das ist von Kazim Erdogan schon vor Jahren benannt worden.

Aber statt mit eingängigen Erklärungen medienwirksam das Zusammenleben zu vergiften, hat er sehr erfolgreich begonnen, etwas zu ändern: Indem er auf die Eltern zugeht und sie in die Schulen holt, indem er Literatur in die Schulen vermittelt, hartnäckig die Schulleitungen vom Sinn der Autorenlesungen überzeugt und ganz Neukölln mit Literatur überzieht. Um ihn und seine Ideen ist ein Netzwerk an ehrenamtlichen Teams entstanden, in denen Anwält_innen, Pädagog_innen, Ingenieur_innen, Schriftsteller_innen u.v.m. aus den vielen in Neukölln vertretenen Herkunftsnationalitäten in ihrer freien Zeit ihr Wissen und ihre Kompetenz in die verschiedenen Projekte gegen Kommunikationslosigkeit einbringen.

Die Vorbereitungen für die nächste Sprachwoche haben gerade wieder begonnen. Für die Nachhilfe-Termine werden zuverlässige Erwachsene gesucht ... Wer dabei sein möchte, findet mehr Infos und kann Kontakt aufnehmen unter:

www.aufbruch-neukoelln.de
www.sprachwoche-neukoelln.de

Sehr empfehlenswert: „Halbmondwahrheiten. Türkische Männer in Deutschland. Innenansichten einer geschlossenen Gesellschaft“, Isabella Kroth, 2010

Susanna Kahlefeld
LAG Migration

STADTEILE STELLEN SICH VOR:

Rudow – ein Stadtteil mit dörflicher Historie

Der Stadtteil Rudow ist der Südlichste von Neukölln und grenzt unmittelbar an das Stadtgebiet von Schönefeld. Es handelt sich um ein ehemals selbstständiges Dorf, welches im Zuge der Ausdehnung des Berlins dem Stadtgebiet angegliedert wurde; so wurde Rudow im Jahre 1920 ein Teil der Stadt Berlin. Wie in etlichen anderen Stadtteilen mit ähnlicher Geschichte ist jedoch die ursprüngliche Dorfstruktur noch deutlich erkennbar. Ursprünglich als Dorfanlage in ‚H-Form‘ angelegt, erkennt man in der Prierosser und Neuköllner Straße als Seitenschenkel und der Köpenicker Straße als Querbalken unschwer die ursprüngliche Anordnung. Zahlreiche denkmalgeschützte Häuser aus dem 19. Jahrhundert säumen die ursprünglichen Dorfstraßen.

Historisches

Es gibt Hinweise darauf, dass es sich bei Rudow um eine der ältesten Siedlungen der Mark Brandenburg handelt. Es liegen archäologische Funde vor, die auf eine Erstbesiedlung im Zeitraum 250 – 200 v. Chr. schließen lassen.

Der Name ‚Rudow‘ weist auf slawische Ursprünge hin; so findet man in alten Quellen die Schreibweisen ‚Rüde‘, ‚Rudau‘, ‚Rüdown‘ oder ‚Rhudow‘, die einen Ursprung im nordslawischen ‚rüditi sa‘ (= ‚gebären‘) vermuten lassen.

Beim Umbau der Dorfkirche im Jahr 1909 wurden Reliefmuster am Grundgemäuer entdeckt, die darauf schließen lassen, dass die ursprüngliche Kirche im 13. Jahrhundert durch Zisterziensermönche aus dem Kloster Lehnin errichtet worden war.

Im Jahre 1576 lebten in Rudow 13 Familien; durch die Auswirkungen des dreißigjährigen Krieges, zwischenzeitlichen Zuzug von acht Familien und Seuchen schwankte die Einwohnerzahl in der darauffolgenden Zeit stark. Für das Jahr 1624 sind für Rudow 151 EinwohnerInnen belegt.

Geologisches und Landschaftliches

Das ‚Rudower Fließ‘, ein Wasserlauf, der sich seit seiner Renaturierung in den 80-er Jahren wieder mäandert, ist ursprünglich eine Schmelzwasserrinne, die während des Rückgangs der Gletscher nach der letzten Eiszeit vor etwa 18.000 Jahren entstand. Heute ist das Rudower Fließ ein beliebtes Naherholungsgebiet, das zu Spaziergängen einlädt, welche beispielsweise den ‚Dörferblick‘, einen 86 m hohen Trümmerberg aus der Nachkriegszeit, zum Ziel- und Wendepunkt haben können. Vom Dörferblick aus bietet sich nicht nur ein guter Blick auf die umliegenden Dörfer, sondern auch auf eine Kompostierungsan-

lage, eine Kläranlage, ein Postverteilzentrum sowie die Silhouette der Großbaustelle des neuen Flughafens BBI. Bei extrem klarem Wetter zeigt sich am Horizont sogar der Umriss des ‚Tropical Islands‘; vormals Cargolifter-Werfthalle, die sich immerhin ca. 35 km südlich der Berliner Stadtgrenze befindet.

Infrastruktur und Verkehrsanbindung



Rudower Straßenbahn 1951.
Bild: www.rudow.de

Am 1. Oktober 1913, d.h. noch vor der Eingemeindung nach Berlin, wurde Rudow an die Rixdorfer Straßenbahnlinie angebunden. Die einspurige Straßenbahnlinie mit Endstation an der ‚Rudower Spinne‘, dem Straßenknotenpunkt, der heute die Waltersdorfer Chaussee mit der Neuköllner Straße sowie Alt-Rudow, Neudecker Weg und Groß-Ziethener Chaussee verknüpft, verkehrte bis zum Jahre 1966. Ihre Rolle als schnellste Anbindung an das Berliner Nahverkehrsnetz übernahm fortan die U-Bahn, die seit 1962 mit dem Bau der Gropiusstadt von Britz-Süd

bis nach Rudow verlängert worden war.

Bis 1989 befand sich auf der Waltersdorfer Chaussee an der Stadtgrenze ein Grenzübergang, der auch für den Transitverkehr zum Flughafen Berlin-Schönefeld genutzt wurde. Nach der Öffnung der Mauer wurde die Stadtautobahn A113 in Richtung Rudow verlängert; so wurde das Teilstück bis Ausfahrt Adlershof 2005 freigegeben. Der Anschluss bis zum Waltersdorfer Dreieck, der eine Verbindung zur A13 und somit in Richtung Schönefelder Kreuz herstellte, wurde 2008 fertig gestellt.

Aktuelles und Gesellschaftliches: Drei Beispiele

Die im Jahr 1890 erbaute Rudower Dorfschule stellte ihren regulären Schulbetrieb im Jahr 2001 ein. Das denkmalgeschützte Gebäude dient nunmehr als Kulturzentrum und wird von dem ehrenamtlich arbeitenden ‚Verein Alte Dorfschule Rudow e.V.‘ sowie der Volkshochschule, der Musikschule und dem Rudower Heimatverein, der hier seine Ausstellungen zeigt, genutzt.

Im Jahr 1996 wurde im Süden von Rudow ein Neubaugebiet mit rund 1700 Wohnungen fertig gestellt, dessen Straßen nach einem Beschluss des Bezirksamtes



Rudower Dorfschule, Bild: Susanne Lippert

ausschließlich nach berühmten Frauen benannt wurden.

Am 5. November 2009 eröffnete REWE in der Rudower Groß-Ziethener Chaussee einen klimaneutralen Supermarkt und setzte somit – zumindest nach eigenen Angaben – „den Maßstab für den nachhaltigen Bau und Betrieb von Handelsimmobilien“. Durch die Verwendung moderner Heizungs-, Lüftungs-, Beleuchtungs-, Klima- und Kälteanlagen und bestmögliche Dämmung wird das Gebäude CO2-neutral betrieben, und im Vergleich zu einem herkömmlichen Supermarkt wird der Energieverbrauch um fast 50 Prozent verringert.

Susanne Lippert
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln

Informative Webseiten über den Stadtteil Rudow:
www.rudow.de
www.alte-dorfschule-rudow.de

VON-DER-LEYEN 1:

Rhetorik ersetzt Sozialpolitik

Eine Chronik

2010: laut EU-Parlaments-Beschluss: „Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“.

9. Februar 2010, Karlsruhe, Bundesverfassungsgericht: Hartz-IV-Urteil: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (...) sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. (...) Zur Ermittlung des Anspruchsumfanges hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.“

25. Februar 2010, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung: Auftaktveranstaltung der Ministerin zum europäischen

Jahr. Schwarz-grüne Atmosphäre, der Treberhilfe-Wohnungslosenchor singt, Fotos - von der Leyen mit Betroffenen - und 10 „Botschafter“ wie Fernsehmoderator Reinhold Beckmann und Arche-Gründer Bernd Siggelkow, die bei der Überwindung der Diskriminierung von armen Menschen mithelfen. Ein Jahr fördert das Bundessozialministerium (BMAS) mit 1,4 Mio. € Projekte, die mit Straßentheater, Fotoausstellungen oder Zirkusvorführungen von Waldorfschülern den Kampf gegen die Armut aufnehmen. Die Bundesministerin kritisiert Westerwelles Thesen zu „spätromischer Dekadenz“ bei Hartz-IV-Empfängern.

7. Juni 2010, Bundeskanzleramt: Kabinettsbeschluss „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken - Acht Punkte für solide Finanzen, neues Wachstum und Beschäftigung und Vorfahrt für Bildung“. 14,22 Mrd. € Einsparungen bis 2014 bei der Grundsicherung; 4,5 Milliarden € durch „Effizienzverbesserung bei der Arbeitsvermittlung“, 7,2 Milliarden € durch Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge, 2,4

Milliarden € durch Streichung des Elterngeldes. Weitere 14 Mrd. € sollen bei der Bundesagentur für Arbeit gekürzt werden.

21. Juni 2010, Berliner Stadtmision: „5. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“. Motto: „Mit neuer Wut!“

5. Juli 2010, Presseerklärung von der Leyen: „Das Konzept für die Neuordnung der Hartz-IV-Regelsätze kann im Detail erst im Herbst vorliegen. Da ist es ein großer Vertrauensvorschuss, dass die Regierung im Sommer über die 20,9 Milliarden Euro für die Hartz IV-Sätze hinaus bereits eine halbe Milliarde Euro als Vorsorge für zusätzliche Investitionen in die Bildung bedürftiger Kinder in den Haushalt für 2011 eingeplant hat. (...) Wir werden den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, das menschenwürdige Existenzminimum inklusive besserer Bildungs- und Teilhabechancen für bedürftige Kinder sicherzustellen, Buchstabe für Buchstabe transparent und nachvollziehbar umsetzen.“

3. Dezember 2010, Bundestagsbeschluss: Statt der unteren 20 % der Einkommen gelten nun die unteren 15 % als Vergleichsgruppe. Willkürliches Herausrechnen bestimmter Ausgabenpositionen wie eine Flasche Wein im Monat und zwei Zigaretten am Tag, Kleidungsreinigung vor Vorstellungsgesprächen, Zimmerpflanzen, Zuzahlungen beim Arzt und im Krankenhaus, Hundefutter, Waschmaschine, Malstifte, Versicherungen. Erhöhung der Regelsätze um 5 € für Alleinstehende. Das Diakonische Werk rechnet aus: Sie hätten von 359 € auf 437 € steigen müssen. Für Kinder berechnet das BMAS eine Absenkung, friert gnädig die bisherigen Regelsätze ein, legt 10 € für Bildung und Teilhabe im Monat und 1 € am Tag für Mittagessen drauf. Laut Diakonie wäre je nach Altersgruppe eine Steigerung um 20 bis 47 € monatlich angemessen gewesen.

Weitere Gesetzesänderungen: Pauschalierung und Absenkung der Wohn- und Heizkostenzuschüsse, verschärfte Sanktionen, Anrechnung von Darlehen auf die Leistung, Rentenversicherungsbeiträge werden

nicht mehr bezahlt, Fortschreibung der Deckungslücke bei Krankenversicherungsbeiträgen, Absage an individuelle Zusatzbedarfe.

19. Januar 2011, Vermittlungsausschuss: Die Opposition beharrt auf deutlichen Änderungen am Gesetzentwurf. Die Unions-Vertreter sprechen von „Verweigerungshaltung“ und „Wunsch Katalog zur Veränderung des Sozialstaates“.

25. Januar 2011, BMAS, Abschlussveranstaltung zum Europäischen Jahr ohne Ministerin. Das Grundsatzreferat begrüßt.

Fazit: Von-der-Leyen eins: 14,22 Mrd. € geplanten Einsparungen bei der Grundsicherung, „Mehrkosten“ von 4,74 Mrd. € bis 2014. Netto-Einsparung: 9,48 Mrd. € Von-der-Leyen-zwei kommt: Instrumentenreform der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Einsparvolumen: 14 Mrd. €.

Michael Schröter
koordiniert die AG Grundsicherung der Nationalen Armutskonferenz

Wir sind die Partei der Gestalter – Keine Neinsager!



Seit sich die Grünen in den Umfragen immer weiter an die Werte der Volksparteien herantasten, heißt es, wir wären die „Dagegen-Partei“. Gegen Stuttgart 21, gegen Atomkraft und wenn es nach der Kanzlerin geht, sind wir sogar gegen Weihnachten.

Man kann den Vorwurf natürlich einfach als Neid der anderen Parteien abtun, trotzdem möchte ich ihn aufnehmen und an zwei Beispielen diskutieren. Was ist wirklich dran an dem Vorwurf der Dagegen-Partei?

Richtig ist, wir sind gegen Stuttgart 21. Aber das waren wir schon immer, also eigentlich nichts Neues. Seit es vor zwölf Jahren das erste Mal auf Landesebene diskutiert wurde, haben wir uns nach Prüfung der Fakten gegen die Baumaßnahme ausgesprochen. Seitdem sind Milliarden von Euros in das Prestigeprojekt geflossen, das selbst viele Befürworter von damals heute so nicht mehr unterstützen können. Auch die SPD in Baden-Württemberg hat dies eingesehen und sich für einen Stopp des Mammutprojekts ausgesprochen

Dass Stuttgart 21 in der ganzen Bundesrepublik zum Politikum hochstilisiert wurde, liegt nicht, wie von den konservativen Parteien behauptet, an der Provokation der Grünen, sondern an dem Umgang der Landesregierung mit dem Vorgang. Schwarz-Gelb hat das Volk unterschätzt und nicht ernst genommen, jetzt bekommen sie die Rechnung dafür.

Richtig ist auch, wir sind gegen Atomkraft. Doch ist das was Neues? Es kann doch niemanden überraschen, dass die Partei, die aus der Anti-AKW Bewegung entsprungen ist, sich klar gegen die Energiepolitik der jetzigen Bundesregierung positioniert, dies offen kundtut und mit auf die Straßen geht. Wir sind bei Demonstrationen im ganzen Land dabei und werden auch in Karlsruhe auf dem juristischen Weg weiter kämpfen.

Aufmuckende Gesellschaft?

Dass sich große Teile der Bevölkerung unserer Linie anschließen, ist kein Phänomen einer aufmuckenden Gesellschaft oder Ergebnis grüner Provokation, sondern das selbst bereitete Problem der schwarz-gelben Bundes- und Landesregierungen, die sich in ihrer arroganten Haltung im Fall der Laufzeitverlängerung den Gewinninteressen der vier großen Energiekonzerne gebeugt oder im

Fall von Stuttgart 21 den Volkszorn ignoriert und nicht für ernst genommen haben. Dass das Volk nicht blöd ist, das weiß die FDP spätestens seit sie innerhalb eines Jahres 80 Prozent ihrer Wählerschaft verloren hat.

Nach 30 Jahren haben sich auch die Grünen weiterentwickelt. Einigen mag das mehr, anderen weniger gefallen, aber eins bleibt klar, wir sind nach wie vor die einzige Partei in Deutschland, die sich für eine nachhaltige und grünere Gesellschaft vehement einsetzt. Das geht weit über die Umweltpolitik hinaus. Die Grünen stehen als einzige Partei in Deutschland für eine ambitionierte und klar definierte Zukunftsvision einer sozialen, gerechten und nachhaltigen Wirtschaft. Schritt für Schritt müssen jetzt die Weichen für diesen Wandel gesetzt werden.

Zusammengefasst: wir sind gegen Atomkraft und überbeuerte Prestigeprojekte bei klammen Kassen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch,

wir sind FÜR erneuerbare Energien, FÜR eine gerechte Haushaltspolitik, FÜR einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und FÜR Meinungsfreiheit in Deutschland, FÜR das Recht auf Demonstrationen und FÜR eine vermehrte Einbindung der Bürger und Bürgerinnen in den politischen Entscheidungsprozess.

Die Grünen gehen gestärkt in das Superwahljahr 2011 und sind zu Recht selbstbewusst. Wir sind keine Neinsager-Partei, nur weil wir uns gegen die unsägliche Atompolitik der Regierung stellen und weil wir überflüssige Großprojekte infrage stellen, wir sind kein Teil der Abnick-Fraktion.

Wir werden auch in der Regierungsverantwortung dafür kämpfen, unsere Ziele und unser Politikverständnis durchzusetzen. In Nicht-Regierungszeiten übernehmen wir weiterhin die Rolle einer unbequemen aber fairen Oppositionspartei. Die Grünen in Berlin freuen sich auf einen spannenden und fairen Wahlkampf!

Milena Oschmann
Pressereferentin Grüne Neukölln

„BERLINER JUNGS“ BIETEN HILFE

Missbrauch an Jungen

Gibt es das? Leider viel öfter als man/frau gemeinhin denken. Einer Studie der FU zufolge haben von den unter 15-jährigen Jungen in Berlin 50.000 verbale ‚Anmache‘ erlebt; bei 16.000 kam es zu sexuellen Übergriffen.

Männliche Kinder, besonders im Alter zwischen 8 und 13, sind nicht weniger gefährdet als Mädchen. Lediglich die Täterstrategien und damit die äußerlichen Begleitumstände sind anders. Jungen werden häufiger im öffentlichen Raum, z. B. auf Kinderspielplätzen und in Einkaufszentren, angesprochen. Der erwachende Freiheitsdrang und die Neugier auf die Welt außerhalb von Schule und Elternhaus sind bei Jungen tendenziell stärker ausgeprägt; dazu wird die Anonymität der Großstadt von den Tätern gezielt ausgenutzt. Doch auch

in vermeintlich sicherer Umgebung, in Schulen und Betreuungseinrichtungen, kann es zu Übergriffen kommen, auch durch Frauen.

Eine seit Jahren geübte Tatvariante ist die sogenannte „offene Wohnung“, unlängst Thema in der BVV und den Medien, Fachleuten als Problem jedoch schon länger bekannt. Täter mit viel Tagesfreizeit öffnen ihre Wohnungen, in denen den potenziellen Opfern all das geboten wird, was sie zu Hause nicht haben oder nicht dürfen: Computerspiele, DVD's, Tabak, Alkohol; manchmal ist schon ein eigenes Bett und eine leckere Mahlzeit Anreiz genug. Was die Kinder daneben am Dringendsten brauchen und hier bekommen ist menschliche Zuneigung. Dabei ist die Täterstrategie oft langfristig angelegt: es können manchmal Monate

vergehen, bis es zu Zudringlichkeiten kommt. Aber auch mit einer brutalen Vergewaltigung kurz nach Betreten der Wohnung ist zu rechnen. Immer handelt der Täter oder die Täterin nicht wirklich „kinderliebend“ (pädagogisch), sondern pädosexuell, d.h. die eigene sexuelle Befriedigung an oder mit einem Kind ist das einzige Ziel aller Bemühungen.

Anders als in den meisten Bezirken scheut sich die Jugendverwaltung bei uns nicht, dieses Thema anzugehen. Ralf Rötten, Projektleiter beim Verein „HILFE-FÜR-JUNGS e.V.“, ist des Lobes voll über das beispielhafte Engagement, das die Stadträtin Gabriele Vonnokold an den Tag legt und darüber, dass sie bestehende Probleme nicht wegredet, sondern offen benennt. Neukölln sei einer der we-

nigen Bezirke, die den Verein durch regelmäßige Zuwendungen förderten, doch das sei noch nicht das Besondere. Neuköllns Jugendverwaltung hat gut informierte und motivierte Mitarbeiter_innen, hält regelmäßige Termine mit dem Verein ab, organisiert Schulungen für Kita-Leiterinnen und Stadtteilmütter, betreibt offensive Medienarbeit und stellt sich bewusst seinen diesbezüglichen Problemen. Es ist deshalb kein Zufall, das Projekt „berliner jungs“ in der Leinestraße 49 in Neukölln zu finden. Es ist eines von drei Projekten des gemeinnützigen Vereins, der 1992 gegründet wurde.

Die „berliner jungs“ bieten nicht nur Beratung und Hilfe in Einzelfällen. Es laufen Präventionsprogramme in Schulen mit Einbeziehung der Eltern, Multiplikatorenschulungen für

Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen und Wachsutzpersonal sowie spielerische Aufklärung auf öffentlichen Plätzen, beispielweise auch mit Straßentheateraufführungen. Immer ist es das Ziel, die gefährdeten Kinder und die verantwortlichen Erwachsenen für Täterstrategien zu sensibilisieren, denn nur an ihrem Verhalten kann man sie erkennen. Wichtig ist auch eine Vorbereitung von Lehrer_innen und Erzieher_innen, damit sie im Ernstfall nicht hysterisch reagieren oder in Schockstarre verfallen, sondern handlungsfähig bleiben.

Wer mehr wissen möchte, Rat braucht oder eine Spende zu geben hat findet hier die nötige Information: www.jungen-netz.de

Martin Kupfer
Bezirksverordneter

INTERVIEW MIT

Renate Künast



bearbeitet werden, und wir brauchen ein funktionierendes Widerspruchsverfahren.

Neuköllner Stachel: Wie kann das Bildungsangebot in Neukölln verbessert werden?

Wir dürfen die Schulen nicht alleine lassen. Sie sollten in der Lage sein, die Potenziale der Jüngsten zu entwickeln, zu fördern und zu entfalten. Die Schulreform mag gut gemeint gewesen sein, in der Umsetzung ist sie

ein Desaster. Auf dem Papier mag alles passen, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir müssen die Schulen stärken, einen Konsens finden über die Qualität, die wir erreichen wollen. Und dabei müssen Eltern, Lehrer und Verwaltung mitgenommen werden.

Neuköllner Stachel: Was können die Neuköllner im Hinblick auf Großprojekte wie die A 100 erwarten?

Wir sind gegen den Wahnsinn von Betonpisten mitten durch die Stadt. Da sollen 420 Millionen Euro verschwendet werden für drei Kilometer! Das sehen ja angeblich auch Linkspartei und große Teile der SPD kritisch, trotzdem treibt der Senat die Planung voran. Wir wollen die Verlängerung der A 100 verhindern und dazu alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen!

Neuköllner Stachel: Was soll mit dem Tempelhofer Feld passieren?

Es macht keinen Sinn das Feld unabhängig von den umgebenden Stadtteilen zu entwickeln. Wir Grüne schlagen vor, die IBA zu nutzen, um benachteiligte Stadtteile Nordneuköllns zum sozialen und ökologischen Vorbild zu machen. Das Tempelhofer Feld sollte dafür nicht Zentrum, sondern Ergänzung sein. Hier könnten wir der Welt zeigen, wie bestehende Stadtteile energetisch und ökologisch erneuert werden können, ohne dass die Wohnkosten unzumutbar steigen und die ansässige Bevölkerung verdrängt wird. Der östliche Teil des Tempelhofer Feldes sollte in die Planung einbezogen werden und Platz bieten für alles, was gebraucht wird, Sport- und Freiflächen, vielleicht ein zweiter Bildungscampus, neues Wohnen. Bei alledem müssen die AnwohnerInnen einbezogen werden.

Neuköllner Stachel: Was ist Ihr Lieblingsplatz oder Ort in Neukölln?

Der Britzer Garten ist wunderschön, zum Lustwandeln und Nachdenken, aber der quirlige Markt am Maybachufer hat es mir auch angetan. Neukölln hat viele schöne Seiten. Das ist vielleicht das Besondere an Neukölln, ein Stadtteil, der so viel Unterschiedliches zu bieten hat.

Das Interview führte

Milena Oschmann
Pressereferentin Grüne Neukölln

Neuköllner Stachel: Was können wir in Neukölln von Renate Künast als Regierende Bürgermeisterin erwarten?

Vollen Einsatz! Ich werde die Schwerpunkte Bildung, Wirtschaft, Klima systematisch angehen. Ich bin überzeugt, dass in den Berlinerinnen und Berlinern viel mehr Potenzial steckt, als im Augenblick in der Stadt sichtbar ist. Die vielen Gespräche, die ich führe, bestärken mich darin. Und wir brauchen eine neue politische Kultur, Beteiligung und Transparenz. Viele Ideen sind bereits da, sie müssen nur gehört werden!

Neuköllner Stachel: Was bedeutet die Gentrifizierung für Neukölln? Fluch oder Segen?

Ich weiß, dass es für viele Leute, die lange im Kiez gewohnt haben und dort auch bleiben wollen, schwierig geworden ist. Spätestens mit einem Umzug, weil eine größere Wohnung nötig ist. Das Mietrecht muss geändert werden. Wir wollen auch Neuverträge am Mietspiegel orientieren, Erhöhungen um 20 oder gar 40% können bisher kaum vermieden werden. Und meine Vorstellung ist auch, dass Luxussanierungen nicht mehr umgelegt werden dürfen, sondern nur Sanierungen, die energetisch oder altersgerecht sind. Eine soziale Klimapolitik muss dafür sorgen, dass die Nebenkosten für Mieter wie Eigenheimbesitzer nicht noch unerträglicher werden, denn die Wahrheit ist: das dicke Ende kommt noch!

Neuköllner Stachel: Was erwartet uns im Bereich Soziales bei einer Regierenden Bürgermeisterin Künast?

81.498 Neuköllnerinnen und Neuköllner leben in Bedarfsgemeinschaften, über 40% davon sind unter 25 Jahren. Niemand soll zurückgelassen werden, Integration läuft über Chancen! Ich war bei Unternehmen in Neukölln, die ausbilden und einstellen wollen, aber keine Leute finden. Ich will, dass sich jeder anstrengt, jetzt müssen alle gemeinsam Verantwortung übernehmen. Deshalb hat eine gute Bildung im Haushalt Vorrang. Wir wollen 100.000 neue Jobs für Berlin schaffen, zukunftsfähig und für alle Schulabschlüsse.

Jetzt braucht es integrierte Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die Arbeit in den Jobcentern muss verbessert, Anträge schneller

Braune Rattenfänger unterwegs!

Es gibt viele Menschen, die keinen Job haben und von Hartz IV und damit an der Armutsgrenze leben müssen.

In den Protest dagegen mischen sich in jüngster Zeit auch die Neonazis. Mit plumpen Parolen gegen „die da oben“ versuchen sie, die Stimmung für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei wettern die Rechten zwar gegen Niedriglöhne, fordern gleichzeitig jedoch Arbeitsdienst nach nationalsozialistischem Vorbild. So wollen sie z.B. Sozialhilfeempfänger_innen zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten. Menschen nicht-deutscher Herkunft wollen sie abschieben und vertreiben. Dabei ist ihnen kein „Argument“ zu schäbig. Sie hetzen Menschen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, mit rassistischen Parolen auf. Dabei

wird die Arbeitslosigkeit und Armut bewiesenermaßen nicht durch unsere Kolleg_innen mit Migrationshintergrund verursacht. Vielmehr öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter: Während die Hälfte der Bevölkerung weniger als 4% vom Gesamtvermögen besitzt, stapelt sich über die Hälfte des Vermögens bei den oberen 10% der Reichsten. Daran ändert auch die von den Rechtspopulisten geforderte „Rückführung“ der „Ausländer“ nichts.

Die Rechten fordern „Volksgemeinschaft“ statt Globalisierung. Unser Land kann sich aber gar nicht vom Rest der Welt abschotten, denn wir brauchen Rohstoffe, Wissen und Waren zum Import und Export. Mit Phrasen wie „gerechter Welthandel zwischen den Völkern“ meinen sie

das Recht der Stärkeren. Zu leiden haben darunter immer die Bevölkerungen, egal welcher Herkunft. Und auch wenn sich die Nazis anti-kapitalistisch geben, sind sie deshalb längst nicht für weltweit gleiche soziale Standards. Was von ihrer Propaganda zu halten ist, zeigen die mehr als 100 von rechten Schlägern ermordeten Menschen seit 1990.

In diesem Zusammenhang sind eingeschlagene Fensterscheiben und unverholene Morddrohungen gegen Anti-Faschisten zu sehen. Auch wir Grünen sind in den letzten Monaten vermehrt Opfer von feigen Anschlägen geworden.

Bertil Wewer
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln

NACHRUf

Wir trauern um Michael Wendt

Völlig überraschend ist am 22. Januar 2010 Michael Wendt im Alter von nur 55 Jahren gestorben. „Micha“ wurde am 1. Dezember 1955 in Berlin geboren. Als 23-Jähriger gründete er die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz („AL“) am 5. Oktober 1978 mit, aus der später die Berliner Grünen hervorgegangen sind. Sein Grünen-Ausweis trug die Mitgliedsnummer 1. Im Jahr 1981 zog er als einer von neun Mandatsträgern der ersten AL-Fraktion in das Berliner Abgeordnetenhaus ein. Von 1989 bis 1995 war er Bezirksstadtrat für Jugend und von 1995 bis 1999 Stadtrat für Bildung und Kultur in Neukölln. Für eine Übergangszeit war er von 1999 bis 2000 Jugenddezernent im Bezirk Tiergarten. 2001 bis 2003 war er Mitglied im Landesvorstand, danach ließ er sich im Erweiterten Vorstand für Bündnis 90/Die Grünen in Berlin in die Pflicht nehmen. Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen erhielt er im Wahlkreis Neukölln 2 als Direktkandidat 20% der Erststimmen. Michael war aktives Mitglied unserer Neuköllner Bezirksgruppe und 2. Vorsitzender im Verein Nachbarnschaftsheim Neukölln e.V.

Mit Herz und Verstand

Michael Wendt war ein guter Freund und langjähriger Weggefährte, Mentor und Ratgeber. Als außergewöhnlich kluger und kritischer Geist stand er von Beginn an für unsere Grund- und Gründungswerte Demokratie und Umweltschutz. Er hat Politik nie als Selbstzweck oder Inszenierung verstanden, sondern als

Ringen um die beste Lösung im Interesse der Menschen. Seine Glaubwürdigkeit, seine unbestechlichen Überzeugungen und sein Politikverständnis bleiben uns Verpflichtung und Ansporn. Seine Überzeugungen hat er vehement und oft mit beißendem Humor vorgetragen. Wegen einer Krankheit war Michael auf einen Rollstuhl angewiesen. Mit seiner seit Ende der 1980er Jahren bestehenden körperlichen Behinderung ist er selbstbewusst umgegangen und

hat uns auch ohne viele Worte auf die eingeschränkte Mobilität von Rollifahrer_innen hingewiesen.

Seine Mitgliedsnummer 1 hat er stets als Aufgabe und Berufung begriffen. Deshalb hat er niemanden, vor allem sich, nicht geschont. Er hinterlässt eine große Lücke. Lieber Michael, wir vermissen Dich sehr!

Bertil Wewer
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln



Neuer Vorstand im Amt



Am 5. Februar hat die Grüne Bezirksgruppe von Neukölln ihren neuen Vorstand gewählt. In ihrem Amt bestätigt wurden Kalle Erlacher (nicht im Bild), Mijgan Percin (Vorstandssprecherin), Susanne Lippert, André Schulze (Vorstandssprecher) und Bertil Wewer (von rechts nach links). Neu in den Vorstand gewählt wurde Catherine Michel (ganz links im Bild). Als Kassierer der Bezirksgruppe wurde Axel von Zepelin bestätigt (nicht im Bild). Zur Vorstellung der einzelnen Vorstandsmitglieder siehe <http://www.gruene-neukoelln.de/neukoelln/vorstand.html>